



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 14.06.2018**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:03 Uhr bis 18:57 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Andreas Scholtyssek	Ausschussvorsitzender, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Bernstiel
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 17:50 Uhr
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Teilnahme ab 17:09 Uhr
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Hans-Jürgen Krause	Sachkundiger Einwohner
Franziska Meusel	Sachkundige Einwohnerin
Werner Misch	Sachkundiger Einwohner
Andreas Müller	Sachkundiger Einwohner
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Umwelt
Rita Lachky	Leiterin Fachbereich Einwohnerwesen
Dr. Thomas Katterle	Leite Abteilung Vorbeugender Umweltschutz
Udo Rost	Leiter Abteilung Grünflächen und Friedhöfe
Manuela Hoßbach	Controllerin Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
Renee Fischer	Sachbearbeiterin Umweltrechtsangelegenheiten
Sarah Lange	Stellvertretende Protokollführerin

Gäste:

Annett Wernicke	Direktorin Polizei Halle (Saale)
-----------------	----------------------------------

Entschuldigt fehlten:

Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Lars Juister	Sachkundiger Einwohner
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner
Frigga Schlüter-Gerboth	Sachkundige Einwohnerin

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herrn Scholtyssek** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Scholtyssek schlug vor, den TOP 4.2 vor dem TOP 4.1 zu behandeln.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 17.05.2018
4. Beschlussvorlagen
- 4.2. Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlagen der Stadt Halle (Saale) (Grünflächenbenutzungssatzung)
Vorlage: VI/2018/04095
- 4.1. Satzung über die Gebühren für die Benutzung von Grünanlagen der Stadt Halle (Saale) (Grünanlagegebührensatzung)
Vorlage: VI/2018/04094
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Neuausrichtung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“
Vorlage: VI/2018/04093
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen

- 7.1. Baumfällliste
- 7.2. Kriminalitätsstatistik für die Stadt Halle (Saale)
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 17.05.2018

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 17. Mai 2018.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.2 Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlagen der Stadt Halle (Saale) (Grünflächenbenutzungssatzung) Vorlage: VI/2018/04095

Herr Stäglin führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlagen TOP 4.2 und TOP 4.1 ein.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Töpfer bat um Erklärung des §3, Abs. 6 „...zweckentfremdete Nutzung der Grünanlagen durch ..., Tiere...“.

Frau Fischer antwortete, dass die Stadt Halle (Saale) nicht für Schäden, die durch Tiere verursacht werden haftet.

Herr Töpfer bat um Erklärung des §3, Abs. 5 „...Beseitigung von Schnee- und Eisglätte...“

Frau Fischer antwortete, dass ein Betreten der Grünflächen auf eigene Gefahr geschieht.

Herr Töpfer fragte, ob dies ausgeschildert ist.

Herr Rost antwortete, dass über den Kommunalen Schadenausgleich geregelt ist, dass keine Beschilderung erfolgen muss.

Herr Doege sagte, dass es schwierig wird, das Füttern wilder Tieren zu untersagen. Weiterhin regte er an, die asphaltierten Wege in Parks, wie der Peißnitz und Ziegelwiese regelmäßig von Eis und Schnee zu beräumen, um die Durchfahrt mit Fahrrädern zu ermöglichen.

Herr Stäglin sagte, dass Einzelfälle, wie beispielsweise die Peißnitz oder die Ziegelwiese nicht ausgeschlossen werden. Diese werden separat betrachtet.

Frau Fischer ergänzte, dass die negativen Auswirkungen von Fütterungen wilder Tiere überwiegen und es daher wichtig ist eine entsprechende Rechtsgrundlage zu schaffen.

Herr Müller fragte, wie die neuen Regelungen der Satzungen an die Bevölkerung herangetragen werden.

Herr Stäglin antwortete, dass bei entsprechender Beschlusslage die Veröffentlichung über das Amtsblatt und die hallese Internetseite erfolgen wird. Das Rauchverbot auf Spielplätzen wird durch zusätzliche Beschilderung ausgewiesen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung der Vorlage bat.

Abstimmungsergebnis SkE: einstimmig zugestimmt nach Änderungen

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlagen der Stadt Halle (Saale) (Grünanlagenbenutzungssatzung).

**zu 4.1 Satzung über die Gebühren für die Benutzung von Grünanlagen der Stadt Halle (Saale) (Grünanlagegebührensatzung)
Vorlage: VI/2018/04094**

Herr Doege fragte, warum die Gebührenhöhe zu anderen Kommunen so stark abweicht.

Herr Stäglin antwortete, dass man sich an der Sondernutzungsgebührensatzung für Straßen, Plätze und Wege und der Werthaltigkeit der Grünanlagen orientiert hat.

Herr Scholtyssek fragte, warum im Bereich „Verkaufseinrichtung“ im Vergleich zu anderen Kommunen so hoch angesetzt ist.

Herr Stäglin antwortete, dass Verkaufsaktivitäten möglichst in Ladenlokalen stattfinden sollen. Verkaufsaktivitäten auf Grünanlagen stellen eine Ausnahme dar, die sich daher bei einer Gebührenerhebung niederschlagen sollen.

Herr Misch sagte, dass die Gebühren berechtigt sind.

Herr Scholtyssek fragte, wie viele Fälle pro Gebührentatbestand erfasst sind.

Herr Stäglin sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Doege bat um eine Erläuterung „Sonstige Dienstleistungen/Benutzungen“.

Herr Stäglin antwortete, dass dies beispielsweise kommerzielle Anbieter sind, die nicht als Sportverein organisiert sind und mit sportlichen Aktivitäten auf Grünflächen agieren und Gebühren erheben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung der Vorlage bat.

Abstimmungsergebnis SkE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Gebühren für die Benutzung von Grünanlagen der Stadt Halle (Saale) (Grünanlagegebührensatzung).

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Neuausrichtung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“
Vorlage: VI/2018/04093**

Herr Dr. Fikentscher brachte den Antrag der antragsstellenden Fraktionen ein und begründete diesen.

Herr Teschner verwies auf die aktuelle Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Dr. Fikentscher sagte, dass die Inhalte der Diskussion in der letzten Präventionsratssitzung nicht zufriedenstellend waren.

Herr Doege fragte, wie eine externe Moderation umgesetzt werden soll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass eine externe Moderation zur Vorbereitung eines Beschlusses rechtlich nicht zulässig ist.

Herr Doege stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung, sodass die Verwaltung gemäß der Stellungnahme die terminierten Schritte abarbeitet und dem Präventionsrat vorlegt.

Herr Dr. Fikentscher sprach sich für eine Vertagung aus.

Herr Aldag sprach sich gegen eine Vertagung aus, da bereits in den anderen Ausschüssen abgestimmt worden ist.

Herr Scholtyssek bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: mehrheitliche ablehnt

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung des Antrages bat.

Abstimmungsergebnis SkE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Präventionsrat wird in seiner Struktur neu gefasst. Die Verwaltung wird beauftragt, zu diesem Zweck ein extern moderiertes Dialogverfahren mit den Mitgliedern des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“ und der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit anzustoßen und zu begleiten. Um sich eine neue Struktur zu geben, ist ein Mehrheitsbeschluss im Gremium notwendig. Die neue Struktur des Präventionsrates soll mit dem 01.01.2019 in Kraft treten. Ziel des Dialogverfahrens soll sein,
 - a. die bisherigen Strukturen und Arbeitsweisen des Präventionsrates zu hinterfragen und neu zu fassen,
 - b. die zivilgesellschaftliche Arbeit in der Stadt Halle (Saale) zu analysieren, Synergien mit dem Präventionsrat herzustellen und Doppelstrukturen zu vermeiden,
 - c. neue Mitgliedschaften im Präventionsrat zu ermöglichen und konkrete Mitglieder für den Präventionsrat zu definieren und zu gewinnen,
 - d. die Aufgabenbereiche der mit Stadtratsbeschluss VI/2017/03679 geschaffenen 0,5 VZE-Personalstelle zu definieren,
 - e. Art und Verantwortlichkeiten eines Berichtwesens gegenüber Stadtverwaltung und Stadtrat festzulegen,
 - f. ein Sachkostenbudget für die Arbeit des Präventionsrates zu definieren.
2. Zu dem in Punkt 1 vorgeschlagenen Dialogverfahren sollen über die bereits aktiven Mitglieder des Präventionsrates interessierte Vertreter*innen folgender Bereiche der Gesamtgesellschaft zur Teilnahme aufgefordert werden: Jugend, Bildung, Gesundheit, Wirtschaft, Senioren, Gleichstellung, Integration, Opferschutz und Kirchen.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, nach gefasstem Beschluss des Präventionsrates zur Neuausrichtung des Gremiums die geltende Beschlusslage III/2001/01855 anzupassen und dem Stadtrat spätestens zur Stadtratssitzung im Dezember 2018 zum Beschluss vorzulegen.
4. Der Präventionsrat gibt sich nach der Bestätigung der Neustrukturierung eine neue Geschäftsordnung, die dem Stadtrat zur Kenntnis gereicht wird.
5. Der Präventionsrat legt der Stadtverwaltung und dem Stadtrat in seiner beratenden Funktion einen jährlichen Tätigkeitsbericht mit Handlungsempfehlungen für die Präventionsarbeit in der Stadt Halle (Saale) vor.
6. Ein im Zuge der Neustrukturierung im Dialogverfahren definiertes Sachkostenbudget ist von der Stadtverwaltung in den Haushaltsplanungen für die Jahre 2019 ff. zu berücksichtigen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Herr Scholtyssek informierte, dass keine Baumfällliste vorliegt, da es keine aktuellen Anträge gibt.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Kriminalitätsstatistik für die Stadt Halle (Saale)

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde Frau Wernicke das Rederecht erteilt.

Frau Wernicke informierte anhand einer Präsentation über die aktuelle Kriminalitätsstatistik der Stadt Halle (Saale).

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Scholtyssek fragte, ob es Strategien zur Verringerung von Straftaten und Erhöhung der Aufklärungsquoten gibt.

Frau Wernicke antwortete, dass die Polizei Halle immer bestrebt ist, die Aufklärungsquoten zu erhöhen und die Anzahl der Straftaten zu vermindern. Unterschiedliche Maßnahmen wurden in Halle initiiert, wie verstärkte Videoüberwachung und Einrichtung von Bereichen, in denen die Polizei andere rechtliche Möglichkeiten hat.

Herr Misch fragte, ob die Senkung der Gesamtaufklärungsquote an der Verschiebung der einzelnen Deliktgruppen liegt oder ob die Täter intelligenter bei der Durchführung der Straftaten vorgehen oder der personellen Situation bei der Polizei geschuldet ist. Weiterhin fragte er, ob die Bildung eines Polizeibeirates sinnvoll wäre.

Frau Wernicke antwortete, dass die Gründe nicht genau bestimmt werden können. Die Personelle Besetzung im Präventionsrat ist gleich geblieben. Sie sicherte eine Prüfung zur Bildung eines Beirates zu.

Herr Müller fragte, ob es Bereiche in der Stadt Halle gibt, an denen vermehrt Delikte auftreten.

Frau Wernicke antwortete, dass es in Wohngebieten vermehrt zu Einbrüchen kommt und auf öffentlichen Plätzen vorrangig zu Körperverletzungsdelikten. Schwerpunktbereiche sind der Riebeckplatz, die Peißnitzinsel, Am Treff und der Südpark, in denen besonders intensive patrouilliert wird.

Herr Dr. Fikentscher fragte, ob die Höhe der Aufklärungsrate einen Einfluss auf das Verhalten von Straftätern hat.

Frau Wernicke antwortete, dass die Deliktstruktur eine Auswirkung auf die Aufklärungsrate hat.

Frau Dr. Bartsch fragte, welche Maßnahmen für die kommenden Fußball-Weltmeisterschaft getroffen werden.

Frau Wernicke antwortete, dass laut Spielplan die Lage beurteilt und daran der Einsatz der Kräfte bemessen wird.

Herr Scholtyssek fragte, ob die Präventionsstelle der Beratung zur Vorsorge gegen Einbrüche, nach Pensionseintritt des aktuellen Stelleninhabers, neu besetzt wird.

Frau Wernicke bejahte dies.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Krischok zur Friedhofsentwicklungsplanung

Frau Krischok fragte, ob es einen geeigneten Bewerber*in für die Stelle der Umsetzung der Friedhofsplanentwicklungsplanung gibt.

Herr Stäglich verneinte dies und ergänzte, dass diese Thematik zu den Haushaltsberatungen neu besprochen wird.

zu 8.2 Frau Krischok zu Müllbehältern

Frau Krischok fragte, wie schnell die Stadtverwaltung auf die Notwendigkeit einer erhöhten Müllentsorgung reagieren kann und neue Müllbehälter zur Verfügung stellt.

Herr Teschner antwortete, dass dies innerhalb von ein bis zwei Tagen umgesetzt wird.

zu 8.3 Frau Krischok zu Hundewiesen

Frau Krischok berichtete, dass auf der Hundewiese an der Vogelweise regelmäßig keine Abfalltüten für Hundekot vorhanden sind und fragte wie die Kontrolle der Bereitstellung erfolgt.

Herr Teschner antwortete, dass 101 Tütenbehälter als zusätzlicher Service für die Hundebesitzer angeboten werden. Diese werden regelmäßig durch eine externe Firma befüllt.

Frau Krischok regte an, Überlegungen zur Einführung eines kostenpflichtigen Hundetütenspenders anzustreben

zu 8.4 Herr Koehn zum Steinbruchsee

Herr Koehn fragte, wann eine Beantwortung seiner Anfrage zum Steinbruchsee erfolgt.

Herr Stäglin sagte eine zeitnahe Beantwortung zu.

zu 8.5 Herr Doege zur Fahrradabstellanlage am Hauptbahnhof

Herr Doege berichtete, dass viele Abstellanlagen durch desolate Fahrräder nicht nutzbar sind und fragte, ob die Verwaltung davon Kenntnis hat und welche Maßnahmen durchgeführt werden.

Herr Teschner antwortete, dass der Eindruck nicht bestätigt werden kann. Schrottfahrräder werden entfernt. Wenn zentrale Einrichtungen am Fahrrad fehlen, wird ein Fahrrad als Schrott eingestuft und der Besitzer durch einen gelben Zettel, welcher am Fahrrad angebracht wird, gebeten das Fahrrad zu entfernen. Nach Verstreichen einer 14-tägigen Frist wird das Fahrrad entsorgt.

zu 8.6 Herr Aldag zum Zirkus Klatschmohn

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen wurde ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Aldag

Uns ist heute eine Beschlusskontrolle aus der Sitzung vom 17.05. zugeflattert, auf eine schriftlich formulierte Nachfrage von Herrn Misch zum Thema „Zirkus Klatschmohn“. Ich war jetzt ein bisschen erschrocken, dass hier gleich jetzt die Frist zur Räumung gesetzt wird, zum 18.06.. Laut meiner Kenntnis, ist die Mindestbedingung, die ja auch angesetzt wurde, von Seiten der Stadtverwaltung, hier einen Versicherungsschutz vorzulegen, liegt ja vor.

Und ich hätte jetzt die Anfrage, ob es denn möglich wäre, wenn man diese Versicherungsunterlagen nochmal durchguckt, diese Frist, die jetzt gesetzt wurde

auszusetzen? Wir haben maximal noch drei Monate, bis wir dort einen rechtskräftigen Bebauungsplan vermutlich haben. Und diese drei Monate, weiß ich nicht, sollten wir jetzt nicht dem Verein zumuten, hier die Zelte abzubauen, irgendwo anders an einem anderen Platz wieder aufzubauen und dann wieder abzubauen und wieder am alten Ort aufzubauen. Wir wissen alle, was für eine Arbeit da dahinter steckt. Wir wissen, was für eine gute Arbeit der Verein dort oben macht. Ich war erst letztens beim Zirkusfest, das dort auf der Wiese war. Viele viele Bürgerinnen und Bürgern mit ihren Kindern waren dort, haben die Vorstellungen besucht, haben das auf der Wiese besucht.

Und ich glaube, wir sollten uns das genau genau überlegen, ob das Sinn macht, was wir hier machen, wenn, wie gesagt aus meiner Sicht nach, alle Forderungen die die Stadt gestellt hat vorliegen oder vorgelegt wurden. Vielleicht nicht ganz fristgerecht, aber es liegen vor, nach meiner Kenntnis nach. Und vielleicht sollte man das nochmal prüfen und hier wohlwollend zu Gunsten, das was der Verein seit Jahren hier macht nochmal das positiv sich anschauen und hier diese Frist aussetzen. Darum würde ich bitten. Danke.

Herr Scholtyssek

Herr Oberbürgermeister bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand.

Da wir uns ja seit vielen Jahren kennen und auch schätzen würde ich sofort den Vorschlag den Sie gemacht haben unterschreiben und würde genauso handeln. Aber der Sachverhalt stellt sich anders da und deswegen würde ich ganz gerne weiterleiten an Herrn Stäglin.

Herr Stäglin.

Zum einen Herr Aldag ist auch mit dem Nutzer, mit dem Träger des Zirkuses gesprochen worden, erklärt worden, dass das was besprochen wurde als Mindestbedingung nicht erfüllt wurde. Auch zuletzt in einem Gespräch letzte Woche und danach gab es keine zusätzliche Einreichung von Unterlagen, was das Stickwort „Versicherungsschutz“ betrifft.

Somit ist die Bedingung, die wir als Mindestbedingung für die Definition einer Übergangslösung bis zur Rechtskraft des Bebauungsplans dann hätten verhandeln können nicht erfüllt worden. Es handelt sich beim Thema Rechtskraft des Bebauungsplans nicht um den Aufstellungsbeschluss. Diesen planen wir weiter einzubringen, wenn wir in der Verwaltung mit der Geschäftsbereichsbeteiligung durch sind für die Septembregremien. Und Sie wissen auch, dass im Bebauungsplanverfahren, wenn es sehr schnell geht in der Regel anderthalb Jahr zügig ohne große Friktionen dauert. Das heißt wir reden hier über einen Zeitraum der zu überbrücken war und zu definieren war. Von jetzt gesehen noch ein dreiviertel, vielleicht auch noch länger, Jahren. Und daher ist das die Mindestbedingung gewesen.

Es ist auch drauf hingewiesen, in der Ergänzung der Antwort auf die Fragen von Herrn Misch. Herr Misch hatte ja in der letzten Sitzung moniert, dass es ihm nicht ausreicht, wie die Verwaltung das beantwortet hatte. Wir haben uns entschieden den aktuellen Sachstand zu übermitteln. Das ist der aktuelle Sachstand. Und ich denke, die Frist bis zum 18. Juni, die aufbaute auf eine entsprechende Nutzungsuntersagung vom 18. Mai, ist mit einem Monat doch angemessen gewählt worden. Also dass das die Grundlage ist und das ist dem Verein auch nochmal deutlich gesagt worden im letzten Gespräch.

Herr Scholtyssek

Herr Misch bitte.

Herr Misch

Herr Aldag, ich habe das Gefühl, Sie haben meine Beiträge in den letzten Ausschusssitzungen nicht verfolgt oder nicht gehört oder waren vielleicht mal in Gedanken gerade woanders. Ich habe in den Sitzungen laut und deutlich gesagt, dass ich jede Arbeit,

die für Jugendliche, Heranwachsende und Kinder gut ist unterstütze. Aber ich habe genauso gesagt, dass derjenige, der diese Arbeit leistet sich an Rechtsnormen zu halten hat und diese Rechtsnormen hat der Verein oder der Betreiber des Zeltles in den zurückliegenden Jahren laufend nicht erfüllt.

Ich könnte es doch auch nicht hinnehmen, dass ein Straßendieb jemand Geld aus der Tasche zieht und sagt „Na ja, ich will es doch einer armen Rentnerin geben, die am Existenzminimum lebt und will die unterstützen.“. Der Umstand, dass jemand etwas Gutes tut berechtigt ihn nicht Rechtsnormen zu brechen, denn das haben wir auch unseren Kindern in jeder Arbeit, wo sie auch stattfindet, beizubringen.

Herr Scholtyssek

Zunächst Frau Winkler bitte.

Frau Winkler

Also erstmal hat dieser Zirkus nicht die Rechtsregeln über Jahre hinweg gebrochen Herr Misch und zum Zweiten müssen wir überlegen, was heißt das, wenn diese Verfügung jetzt durchgreift. Bedeutet es, dass der Zirkus abgebaut werden muss, es bedeutet, dass die Arbeit nicht mehr durchgeführt werden kann und der Verein aufgelöst werden müsste, weil nicht genug Geld da ist, all dieses durchzuführen.

Wir wissen, dass die Versicherung für die Kinder in Ordnung ist, also das die auch für diesen Zustand gilt. Also das sind nicht die Voraussetzungen die da fehlen. Das tut mir leid, wenn ich das so sagen muss.

Herr Scholtyssek

Dann kann Herr Stäglin direkt darauf antworten.

-Gemurmel-

Herr Stäglin

Wenn wir jetzt die konkrete Bedingung... ist es wahrscheinlich dann doch nicht öffentlich. Das was wir in der Antwort skizziert haben, ist der generelle Prozessverlauf. Das ist ein öffentlicher Vorgang, die Details müssten wir dann im nicht öffentlichen Teil vielleicht doch noch ergänzend machen.

Ich möchte an der Stelle aber öffentlich sagen, wir haben in der Vergangenheit und auch im letzten Gespräch Alternativstandorte vorgeschlagen und dementsprechend auch als Verwaltung uns Gedanken gemacht, wo ein Angebot weiter stattfinden könnte. Und ich möchte daran erinnern, dass der Rossplatz begonnen wurde als Übergangslösung, damals noch unter dem Gesichtspunkt, ein Gebäude an der Wielandstraße auszubauen als Zirkushaus. Und das wir grundsätzlich die Arbeit des Trägers schätzen, wird ja auch daran deutlich, dass wir sagen, wir setzen natürlich die Arbeit am Bebauungsverfahren fort und wollen das in den Rat einbringen. Es ging hier wirklich um eine Übergangszeit, um auch die Übergangszeit auf ordentlich stabile Füße stellen zu können.

Herr Scholtyssek

Herr Doege.

Herr Doege

Ja dazu noch. Also, ich habe heute so gegen 16 Uhr von dem Leiter dieses Zirkuszentrums eine Mail bekommen.

Herr Scholtyssek

Die haben wir alle bekommen.

Herr Doege

Ich habe es noch nicht konkret lesen können, weil sie ziemlich umfangreich ist. Die ist auch in der Verwaltung bekannt?

Herr Stäglin

Wir haben keine aktuelle Mail, mit Datum von heute oder gestern bekommen

Herr Doege

Weil ich nämlich hier in dem Verteiler nur Stadträte und Fraktionen sehe, deshalb frage ich extra, ob das der Verwaltung bekannt ist. Von Herrn Wiehl. Umfangreich, eine Chronologieübersicht über mehrere Seiten und dann eine Kopie des Versicherungsbescheides. Deshalb frage ich jetzt nur.

Herr Scholtyssek

Darüber sollten wir uns dann aber im nicht öffentlichen Teil austauschen. Herr Aldag nochmal. Bitte.

Herr Aldag.

Ist das denn möglich, Herr Whiel ist ja auch hier anwesend, dass wir ihn zu dem Sachverhalt anhören und ihm Rederecht auch im nicht öffentlichen Teil, geht wahrscheinlich nicht, weiß ich nicht?

Herr Scholtyssek

Das geht auch im nicht öffentlichen Teil.

Herr Aldag

Auch das einfach nochmal darlegen kann, was heute auch den ganzen Stadträten zugegangen ist und offensichtlich jetzt nicht an die Verwaltung eingegangen ist. Vielleicht gibt es ja da neue Erkenntnisse. Deswegen hatte ich ja in meinem Anfangsstatement gesagt, ob nochmal wohlwollend die neuen Unterlagen, die da sind, geprüft werden können und wir dann auf der Grundlage eventuell diese Frist aussetzen können. Aber das müsste man nochmal prüfen und da würde ich drum bitte ums Rederecht beantragen, jetzt wenn wir das nicht öffentlich behandeln, dass Herr Whiel da vielleicht kurz Stellung dazu beziehen kann.

Herr Scholtyssek

Na wollen Sie das Rederecht jetzt beantragen oder für nachher?

Herr Aldag

Wir haben gerade gesagt, dass es öffentlich nicht geht, dass wir das nicht öffentlich behandeln müssen, wenn es um die Versicherungssachen geht. Dann müssen wir das im nicht öffentlichen Teil gemacht werden.

Herr Scholtyssek

Gut, dann kehren wir nachher im nicht öffentlichen Teil zu diesem Thema zurück.

-Wortprotokoll Ende-

zu 8.7 Herr Aldag zur Elsteraue

Herr Aldag berichtete, dass durch einen LKW-Unfall, an der Elsteraue, Diesel ausgelaufen ist. Er fragte, ob der Sachverhalt bekannt ist, dass das Schüttgut des Lasters und noch vermehrte Dieselreste an der Unfallstelle vorzufinden sind und ob der Verursacher des Unfalles ausfindig gemacht werden konnte.

Herr Dr. Katterle antwortete, dass am 30. Mai ein LKW, durch ein misslungenes Wendemanöver, im Bereich des nördlichen dreieckigen Infiltrationsbeckens, umgekippt ist. Aus der Entlüftung des Tankers sind circa 30 bis 40 Liter Diesel ausgelaufen. Nach Aufrichtung des LKW's wurde eine umfangreiche Auskoffnung und Entsorgung vorgenommen.

In Zusammenarbeit mit dem ansässigen Wasserwerk gab es regelmäßige Besichtigungen. Eine Spezialfirma wurde beratend zur Unterstützung hinzugezogen. Daraufhin wurden weitere drei Tonnen Schlamm und Wasser abgesaugt. Ergebnisse erneuter Wasserproben werden in den kommenden Tagen erwartet und entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Eine abschließende Begutachtung zur Freigabe der Unfallstelle wird erfolgen. Der Verursacher ist der Stadtverwaltung bekannt.

Herr Aldag bat um erneute Berichterstattung in der nächsten Ausschusssitzung.

zu 8.8 Herr Aldag zu Baumpflanzungen

Herr Aldag berichtete, dass die Ersatzpflanzungen auf der Peißnitzinsel und an den Pulverweiden vertrocknet sind. Er fragte, ob es Nachpflanzungen geben wird und wenn keine erfolgen, welche Gründe es dafür gibt. Des Weiteren fragte er, ob die entsprechenden Ersatzpflanzungen fachlich richtig durchgeführt wurden, da diese unter dem Dach der alten Bäume stehen.

Zum anderen ist die Frist für die Ersatzpflanzung in der Lafontainestraße am 31 Mai 2018 verstrichen und bat um Nennung der weiteren Vorgehensweise, auch im Hinblick darauf, dass weitere Baufällen in diesem Bereich vorgenommen werden sollen.

Herr Stäglin sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Herr Misch zu einer Berichterstattung

Herr Misch regte an, den Sachverhalt zu Kenntnis zu nehmen, dass die heutige BILD-Berichterstattung zur Abwasserproblematik und Einleitung in die Saale sachlich falsch ist.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Herr Doege zur Verkehrssituation in Heide-Süd

Herr Doege regte an, die Verkehrssituation durch die Baumaßnahme in Heide Süd, im Bereich der Ringstraße und der Gneisenaustraße, zu prüfen. Die empfohlene Umleitungsstrecke über die Ringstraße wird kaum genutzt. Dadurch kommt es zu immensen Rückstau, Lärm und vermehrten Abgasen in der Gneisenaustraße.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Scholtyssek beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Andreas Scholtyssek
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
stellvertretende Protokollführerin